

NEUE BILDUNG FÜR HAMBURG

BILDUNGSPOLITISCHE
POSITION
DER JUSOS HAMBURG.



Beschlossen auf der
Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg
am 13. Mai 2006.

Beitrag zur aktuellen Bildungsdebatte in der SPD Hamburg.

INHALT:

I.	Einleitung.....	2
II.	Die Hamburger Bildungslandschaft.....	3
III.	Elementarbildung.....	4
IV.	Plädoyer für eine zweigliedrige Schulstruktur.....	5
V.	Plädoyer für eine spätere Differenzierung.....	7
VI.	Eine neue Schule gestalten.....	7

Herausgegeben durch die Jusos Hamburg

ViSdP/ Gestaltung: Sebastian Jonscher, Landesgeschäftsführer Jusos Hamburg

Juso Landesbüro Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Tel.: (040) 280 848 13 od. 0179 907 31 85

Mail an: JusosHamburg@spd.de

WWW.JUSOS-HAMBURG.DE

Bild von www.photocase.com

I. EINLEITUNG



Die Ergebnisse nationaler und internationaler Leistungsstudien haben die deutsche Bildungslandschaft erschüttert. Die Befunde zu den Leistungen der SchülerInnen sind insgesamt ernüchternd, die hohe Koppelung von Sozialschichtzugehörigkeit und Bildungschancen ist besonders schockierend. Deutschland braucht eine neue Bildungs- und Schulpolitik. Die empirischen Befunde der vergangenen PISA-Studien bzw. OECD-Evaluierungen können von niemandem geleugnet werden. Deshalb muss Deutschland jetzt dringend nachholen, was in den vorangegangenen Jahrzehnten nicht erreicht werden konnte: Ein Kompromiss zwischen den großen politischen Lagern über die Bildungs- und Schulpolitik.

Dazu taugt ein Rückfall in die alten Schulstrukturdebatten nicht. Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, die Forderung nach einer Einheitsschule als alleinigen Königsweg aufzugeben, zumal es für einen solchen in Deutschland auch keine strukturelle Mehrheit in der Bevölkerung gibt (vgl. Prof. Dr. Jürgen Baumert: Bildungsgang und Schulstruktur in PädF 2003).

Für die Konservativen bedeutet dies gleichfalls, ihr fast gralsartiges Festhalten am drei- und viergliedrigen Schulsystem aufzugeben. Vor allem aber den Forderungen einzelner liberaler Kräfte, die einen Rückzug des Staates aus der Bildungslandschaft propagieren und die Bildung privatisieren wollen, muss schnell und konsequent entgegen getreten werden. Angesichts verfahrenerer Strukturdebatten mag es anscheinend verlockend wirken, sich der politischen Verantwortung ganz zu entledigen, indem man die Schule einem freien Bildungsmarkt überträgt und auf staatliche Steuerung verzichtet. Ein solcher Weg ist falsch und für Sozialdemokraten nicht gangbar.

Die PISA-Studie von 2003 hat festgestellt, dass das obere Leistungsviertel der Hamburger SchülerInnen im oberen OECD-Durchschnitt liegt, während das untere Leistungsviertel der Hamburger SchülerInnen weit unterdurchschnittlich angesiedelt ist. Es ist weiter festzustellen, dass die Leistungsschere zwischen starken und schwachen SchülerInnen in kaum einem anderen Bundesland so ausgeprägt ist wie in Hamburg. Allerdings ist diese Feststellung nur ein Teil der Wahrheit, denn zu ihr gehört ebenso, dass das untere Leistungsviertel der Hamburger SchülerInnen im Bereich der Problemlösungskompetenzen im OECD-Durchschnitt liegt. Dies ist ein signifikantes Merkmal dafür, dass bei diesen SchülerInnen der Förderungsbedarf nicht erkannt wurde und somit ihre offenbar vorhandenen Potentiale nicht ausgeschöpft wurden.

Erste Schritte, dem zu begegnen, hat die Sozialdemokratie bereits Mitte der 90er Jahre mit der Einführung zusätzlicher Förderprogramme an Grundschulen unternommen.

Dies wird in der KESS-Untersuchung deutlich, die den Hamburger GrundschülerInnen, zum Beispiel in Mathematik, bessere Leistungen attestierte als gleichaltrigen bayrischen SchülerInnen. Diesen Prozess der frühzeitigen Förderung gilt es zu stärken und systematisch auszubauen.

II. DIE HAMBURGER BILDUNGSLANDSCHAFT



Die Hamburger Schullandschaft ist so vielgliedrig wie in keinem anderen deutschen Bundesland. Neben der Grundschule (Klassenstufe 1 bis 4) existieren insgesamt zwölf weiterführende Schulformen.

So gibt es in Hamburg insgesamt vier Schulformen für Haupt- und Realschüler: Die klassischen Haupt- und Realschulen, die Integrierte Haupt- und Realschule, die Integrierte Gesamtschule und die Kooperative Gesamtschule mit jeweils einem Haupt- und Realschulzweig. Die Möglichkeit in Hamburg ein Gymnasium bzw. einen Gymnasialzweig zu besuchen, eröffnen ganze fünf Schulformen. Neben dem Gymnasium existieren an diesem angegliederte Aufbaugymnasien, angegliederte Aufbaugymnasien an Gesamtschulen, die integrierte Gesamtschule und die kooperative Gesamtschule mit ihrem Gymnasialzweig. Neben diesen Schulformen existieren noch Sonderschulen und Förderschulen, die aber von der Kritik der Vielgliedrigkeit ausgespart werden sollen, da sich diese mit ihren Angeboten vor allem an körperlich und geistig Behinderte bzw. Lernbehinderte wenden.

Im Jahr 2005 besuchten von den Hamburger SchülerInnen 45.409 (28%) ein Gymnasium; 27.173 (17%) eine Gesamtschule; 2.437 (2%) eine kooperative Gesamtschule; 2.342 (1%) ein Aufbaugymnasium; 4.376 (3%) eine Hauptschule; 6.978 (4%) eine Realschule; 2.730 (2%) eine integrierte Haupt- und Realschule; 5.481 (3,5%) die Beobachtungsstufen an Haupt- und Realschulen, Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen; 6.906 (4%) Förder- und Sonderschulen; 52.815 (33%) die Grundschulen und 5.164 (3%) Vorschulklassen. Wer angesichts dieser vielen Zahlen und Begrifflichkeiten ins Grübeln gerät, sollte sich mit dem Gedanken trösten, vor welchen Herausforderungen Hamburger Eltern bei der Entscheidung über den Bildungsweg ihres Kindes stehen.

III. ELEMENTARBILDUNG



Die frühkindliche Förderung wird in vielen bildungspolitischen Diskussionen nicht beachtet. Dabei ist gerade der Zeitraum zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr entscheidend für die weitere Entwicklung des Kindes. Dabei muss den Einrichtungen vor Ort soviel pädagogische Freiheit gegeben werden, damit diese die unten aufgeführten Ziele vor dem Schuleintritt erreichen, um allen Kindern ungefähr gleiche Startbedingungen für ihren Schulweg zu ermöglichen:

- Erlernen und Beherrschung der deutschen Sprache

Integration, Kommunikation und Zusammenhalt kann nur funktionieren, wenn man sich gegenseitig versteht. Die Basis hierfür kann nur die deutsche Sprache sein. Diese muss früh erlernt werden, um auch Kindern mit Migrationshintergrund den Einstieg in das Schulleben weitestgehend einfach zu gestalten. Nur wenn diese die deutsche Sprache sicher beherrschen, können sie dem Unterricht folgen.

- Grundfähigkeiten: Schreiben, Lesen und Rechnen

Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, warum die Grundfähigkeiten erst in der Grundschule beigebracht werden. Kinder können und wollen früh lesen und schreiben. Dieses Interesse ist früh spielerisch zu bedienen.

- Künstlerische, motorische und naturwissenschaftliche Erziehung

Um den Kindern ihre eigene Vielfaltigkeit und die ihrer Umwelt vor Augen zu führen, ist eine künstlerische, motorische und naturwissenschaftliche Erziehung unabdingbar. Ziel all dieser Maßnahmen muss es sein, die Kreativität der Kinder zu fördern und zu erhalten.

Die motorische Erziehung hilft den Kindern, körperlich fit zu bleiben. Es dient aber auch dem Abbau von Stresssymptomen, denen Kinder auch in frühen Jahren ausgesetzt sind.

Die künstlerische Erziehung eröffnet den Kindern eine musikalische bzw. malerisch-künstlerische Perspektive. Das Singen und ggf. das Erlernen von einfachen Instrumenten stärkt das Taktgefühl und bildet ggf. eine Basis für ein späteres musikalisches Hobby. Das Malen kann der erste Schritt zum Schreiben und der Entwicklung der feinmotorischen Fähigkeit der Hände sein.

Die naturwissenschaftliche Erziehung kann dazu dienen, den „zukünftigen ForscherInnen“ erste Berührungen mit ihrer Umwelt spielerisch einfach erfahrbar und erklärbar zu machen. Ziel muss es sein, den Kindern die Vielfaltigkeit der Natur und ihrer eigenen Umgebung systematisch erfahrbar zu machen.

- Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“

Da im Alter von 3 bis 6 Jahren vieles festgelegt wird, ist es umso dringender, leistungsschwache Kinder frühzeitig zu fördern und die leistungsstarken Kinder zu fordern. Hierfür müssen neue wissenschaftlich-pädagogische Konzepte entwickelt werden. Das Eingangstufenkonzept und ggf. das jahrgangsübergreifende Lernen ist auf eine Umsetzung zu überprüfen. Die Betreuungsquote darf 15 Kinder pro Lehrkraft nicht überschreiten.

- Garantie ganztägiger Betreuung

Um möglichst allen Kindern die gleichen Voraussetzungen zum Schulanfang zu verschaffen und um mit der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund frühzeitig zu beginnen, ist es unabdingbar, allen Kindern von 3 bis 6 Jahren einen ganztägigen KiTa-Platz zu garantieren. Die finanziellen Mittel müssen dafür bereitgestellt werden. Lediglich die Kosten für das Mittagessen müssen von den Eltern übernommen werden.

IV. PLÄDOYER FÜR EINE ZWEIGLIEDRIGE SCHULSTRUKTUR



Für Hamburg bietet sich die einmalige Chance einer grundlegenden Neustrukturierung der Bildungslandschaft. In keinem anderen Bundesland könnte der in Aussicht gestellte Konsens zwischen Konservativen und Sozialdemokraten in der Bildungspolitik schneller erzielt werden. Die eingesetzte Enquete-Kommission der Bürgerschaft bietet dafür einen viel versprechenden Ausgangspunkt. Auch darf die Hamburger SPD nicht verkennen, dass mit dem Vorstoß der CDU, die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems in Aussicht zu stellen, unsere Partei bildungspolitisch in die Defensive geraten kann. Deshalb ist es gerade in Hinblick auf den Bürgerschaftswahlkampf 2008 notwendig, die jetzt begonnene Diskussion aufzugreifen und mit eigenen Vorschlägen und Forderungen zu bereichern. Dieser Antrag will dazu einen Beitrag für unsere Partei leisten.

Der Vorzug des zu Beginn in Aussicht gestellten Konsenses liegt auf der Hand. Sowohl die konservative als auch die sozialdemokratische Seite könnten ihre Traditionen und Wertevorstellungen einbringen und müssten in der Folge nicht ihre politische Identität aufgeben.

Ein solcher Kompromiss würde gleichfalls die bildungspolitische Handlungsfähigkeit vergrößern und den Fokus auf die Fragen nach den Inhalten und Haltungen des Lernens und nach der Organisation einer leistungsorientierten Schulpraxis richten. Dies impliziert auch die Fragestellung, wie Kindern aller sozialen Schichten und unterschiedlicher Herkunft die Partizipation an Bildung garantiert werden kann.

Die beste Voraussetzung, diesen Forderungen Gestalt zu geben, bietet ein zweigliedriges Schulsystem, da dieses weder für Konservative noch für Sozialdemokraten ein offener Systembruch wäre. Darüber hinaus wird das Entstehen eines nicht tolerierbaren sozialen Schulmilieus verhindert, welches in Extremform an der Rütli-Hauptschule in Berlin zu beobachten gewesen ist.

Basis dieses zweigliedrigen Schulsystems muss die ganztägige Grundschule für alle sein, vor deren Eintritt ein Sprach- und Verständnistest durchzuführen ist. Ziel ist es sicherzustellen, dass alle eingeschulten Kinder die Schullaufbahn mit vergleichbaren sprachlichen Fähigkeiten beginnen. Die Wiederholung einer Klassenstufe in der Grundschule wird ausgeschlossen. Stattdessen sollten Lern-, bzw. in einem Fach schwächere SchülerInnen eine besondere Förderung erhalten, um wieder an das allgemeine Klassenniveau herangeführt zu werden. Nach der Grundschule findet eine Differenzierung auf zwei weiterführende Schulformen statt.

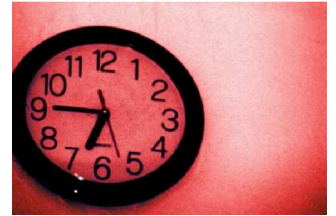
Die erste Säule bildet das Gymnasium, welches nach zwölf Schuljahren zum Abitur führt. Nach Ende der Klassenstufe 10 findet eine Prüfung statt, bei der ein dem heutigen Realschulabschluss vergleichbarer Schulabschluss erworben wird.

Die zweite Säule bildet ein integriertes Schulmodell. Dieses ermöglicht ein gezieltes Fördern und Fordern aller SchülerInnen. Auch hier ist nach Ende der Klasse 10 eine Prüfung vorgesehen, bei der ein dem heutigen Realschulabschluss vergleichbarer Schulabschluss erworben wird. Anschließend besteht die Möglichkeit, an der integrierten Oberstufe nach insgesamt 13 Schuljahren das Abitur zu erwerben.

Um die Gleichwertigkeit des nach Klassenstufe 10 erworbenen Abschlusses auf Gymnasium und integrierter Schule sicherzustellen, ist eine zentrale Prüfung durchzuführen, die sich am Niveau der integrierten Schulform orientiert. Das Abitur muss ebenfalls im Rahmen einer zentralen Prüfung erlangt werden, die dem gymnasialen Niveau entspricht. Die Angleichung der SchülerInnen der integrierten Schule an das gymnasiale Niveau erfolgt während des zusätzlichen Jahres. Beides sind Notwendigkeiten, die angestrebte Vergleichbarkeit der schulischen Bildungsabschlüsse zu gewährleisten.

Die Hauptkritik der Pisa-Studie, nämlich die mangelnde Durchlässigkeit nach oben, könnte durch solch ein System aufgehoben werden, da die Option auf Erlangung der Hochschulreife von Anfang an offen gelassen wird und somit allen SchülerInnen erhalten bleibt.

V. PLÄDOYER FÜR EINE SPÄTERE DIFFERENZIERUNG



Die bisherige Praxis der Differenzierung nach Klassenstufe 4 ist gescheitert. Sowohl die PISA-Studien als auch der UN-Bildungsbeauftragte kritisieren die zu frühe Differenzierung im deutschen Bildungssystem. Außer Deutschland differenziert bis auf Österreich kein anderes Land die Schüler nach Klassenstufe 4. Betrachtet man die zehn besten PISA-Länder unter diesem Aspekt, stellt man fest, dass dort der Differenzierungsdurchschnitt bei 8,5 Schuljahren liegt, also folglich nach mehr als doppelt so vielen Jahren erfolgt wie in Deutschland. Je früher SchülerInnen auf unterschiedliche Bildungsgänge verteilt werden, desto kürzer wird auch das Zeitfenster, das für schulische Interventionen zum Ausgleich herkunftsbedingter Leistungsunterschiede zur Verfügung steht. Auch spätere Übergangentscheidungen fallen nicht unabhängig von der sozialen Herkunft, aber deren Einfluss wird nachweisbar geringer.

Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen und uns von der frühen Differenzierung nach der 4. Klasse trennen. Sinnvoll erscheint dazu eine Aufteilung der SchülerInnen nach Beendigung der Klassenstufe 8.

Für die Entscheidung, welchen Bildungsweg die SchülerInnen einschlagen, darf keinesfalls allein die Empfehlung des Klassenlehrers ausschlaggebend sein. Wichtiger ist aus unserer Sicht der Elternwille, da die Eltern im Verlauf der Schullaufbahn wesentlichen Anteil am Erfolg ihrer Kinder haben. Ein ebenso wichtiger Aspekt der späteren Differenzierung wäre, dass zukünftig auch den SchülerInnen ein Mitspracherecht bei der Zielsetzung ihres Bildungsweges eingeräumt werden könnte.

VI. EINE NEUE SCHULE GESTALTEN



Ziel dieser neuen Schule muss es sein, der Schulleitung und der Schulkonferenz der Schule soviel Autonomie zu gewähren, dass diese unter den Bedingungen ihres jeweiligen Umfeldes eigenständig handeln können. Diese Autonomie beinhaltet den Wunsch, dass die Schulen besser als bisher mit ihrem Umfeld interagieren und die vorhandenen Kompetenzen im Lehrerkollegium intensiver nutzen können. Diese Autonomie bedeutet keinesfalls eine Einschränkung der staatlichen Lenkungshoheit im Bildungswesen.

Dies beinhaltet folgende Aspekte:

■ eigenverantwortliches Einstellen von Lehrkörpern

Die Schulkonferenz gibt ein verbindliches Votum bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern ab. Darüber hinaus formuliert sie klare Erwartungen an ihre LehrerInnen, setzt anspruchsvolle und realistische Ziele und fördert Eigeninitiative.

■ externe Hilfe zur Qualitätssicherung durch wissenschaftliche FachberaterInnen

Durch die Unterstützung von externen FachberaterInnen wird die Transparenz der Leistungen und die Effizienz der Schulen in den einzelnen Unterrichtsfächern sichergestellt. Die wissenschaftlichen FachberaterInnen haben sich in ihrer Tätigkeit als LehrerInnen in ihrem Fachbereich besonders ausgezeichnet und werden in den einzelnen Schulkreisen mit diesem Amt betraut.

Durch die Einführung der wissenschaftlichen FachberaterInnen ergibt sich auch die Möglichkeit das besondere Engagement einzelner LehrerInnen zu würdigen. Jedes Unterrichtsfach erhält eine solche FachberaterIn, die einmal jährlich eine Konferenz unter Beteiligung aller FachlehrerInnen des jeweiligen Schulkreises organisiert.

Dort werden die gemeinsamen Erfahrungen und Ergebnisse beraten, zu dem finden verpflichtende Weiterbildungen statt, die garantieren, dass alle LehrerInnen fachspezifisch auf den neuesten wissenschaftlichen und didaktischen Stand gebracht werden. Notwendigerweise muss die FachberaterIn im Verlaufe eines Schuljahres mindestens einmal im Unterricht bei den FachkollegInnen hospitieren.

■ Sicherstellung von Beratungsangeboten

In Stadtteilen müssen Beratungsangebote zu familiären, schulischen und postschulischen Problemen Hilfestellung bieten. Hierbei müssen Vereine und Verbände aus den Stadtteilen sowie SozialarbeiterInnen und PsychologInnen beteiligt werden.

■ Beteiligung der Schulgemeinschaft und externer Partner

Die Schule kooperiert mit außerschulischen Einrichtungen, die Schülergruppen oder einzelne SchülerInnen fördern, und bezieht diese in die schulische Förderung ein. Dazu gehören auch außerschulische Förderangebote wie beispielsweise Wettbewerbe, Schülerakademien und -olympiaden.

■ Einführung des Förderunterrichtes

Die LehrerInnen tragen dafür Verantwortung, die SchülerInnen, die Schwierigkeiten haben, dem Unterricht zu folgen, früh zu erkennen. Die Schulleitung trägt dann die Verantwortung dafür, diesen SchülerInnen Förderunterricht anzubieten, damit sie den Anschluss an den regulären Unterricht finden. Voraussetzung für zusätzliche Fördermaßnahmen ist selbstverständlich, dass alle im Lehrplan ohnehin vorgesehenen Stunden gewährleistet sind und es zukünftig keine Unterrichtsausfälle mehr gibt.

■ Praxisorientierung für handwerklich begabte SchülerInnen

Schule soll nicht mehr nur die im bisherigen Lehrplan festgeschriebenen Inhalte lehren. Zur Motivation der praktisch begabten SchülerInnen muss zusätzlich eine neue Form des berufsorientierten Unterrichts entwickelt werden.

Vielen SchülerInnen sind die Möglichkeiten im Handwerk und in den Lehrberufen nicht bewusst. Es muss die Aufgabe von Schule sein, diese beruflichen Alternativen offen zu legen. An der integrierten Schulform soll eine Unterrichtsform etabliert werden, in der durch bereits Berufstätige (Gesellen, Meister, etc.) gelehrt wird. Diese Aufgabe könnte von den Kammern unterstützt, wenn nicht sogar, in Absprache mit der Bildungsbehörde, übernommen werden.

Ziel ist es, die SchülerInnen zu motivieren, an ihre Zukunft zu glauben. Die Realität an den (Haupt- und Real-) Schulen in unserer Stadt ist derzeit für viele SchülerInnen leider eine andere. Motivation können die SchülerInnen bekommen, in dem ihnen ein konkreter Bezug zwischen Theorie und Praxis vermittelt wird. Des Weiteren sollten die SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, ihre praxisnah erfahrenen Erkenntnisse und Ergebnisse zu präsentieren, um die Wertigkeit des Geleisteten zu erhöhen.

■ Plädoyer für die Investition in Bildung

Die Ausbildung von jungen Menschen wird von vielen Faktoren maßgebend beeinflusst. Dazu gehört eine gute Ausbildung der LehrerInnen, eine gute Ausstattung der Schulen, eine gute Betreuungsquote der SchülerInnen und vieles mehr.

Einige dieser Faktoren kann man konzeptionell gut ausbauen, viele andere aber hängen in letzter Konsequenz einzig und allein von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab.

Daher ist für eine gute Bildung ein großer Etat ebenso wichtig wie ein gutes Konzept. In einem Land, dass sich „Exportweltmeister“ nennt und das ohne gut ausgebildete Fachkräfte nicht existieren kann, ist eine Investition in Bildung die beste Investition in die Zukunft.

Nur so kann der technologische und wirtschaftliche Fortschritt und damit auch der Wohlstand in unserem Land gewahrt bleiben.

Forderung an die Politik muss sein, die Kürzungen im Hamburger Bildungsetat zu stoppen. (Allein zwischen 2003 und 2005 ist der Anteil des Bildungsetats am Hamburger Gesamthaushalt um 1,6% zurückgegangen. Das entspricht einer Summe von rund 95 Millionen Euro.) Die schulische Bildung muss mit genügend finanziellen Mitteln versorgt werden, um eine zeitgemäße Bildung ohne überfüllte Klassen, Lehrerkräftemangel und ohne eine veraltete technische Ausstattung an den Schulen zu gewährleisten.

■ **Sicherstellung der Ausstattung**

Die technische Ausstattung von Fachräumen und weiteren Unterrichtsräumen muss normgerecht sein und den Unterrichtserfordernissen entsprechen. Die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Medien muss flächendeckend sichergestellt und regelmäßig erneuert werden. Darüber hinaus muss auch die Schulverwaltung und das schulinterne Informationsmanagement den zeitgemäßen Anforderungen gerecht werden.

Es muss verstärkt Wert darauf gelegt werden, dass die technologische Ausstattung der Schulen regelmäßig durch Dienstleister gewartet und jeweils auf den aktuellen Stand gebracht wird.

■ **Identität mit Schule**

Um das Wir-Gefühl von SchülerInnen und LehrerInnen einer Schule zu stärken, sind Konzepte notwendig, die zu einer eigenen Schulidentität führen. Dazu gehören neben der Schülervertretung zum Beispiel auch öffentlichkeitswirksame Wettbewerbe in verschiedenen Disziplinen wie „Jugend trainiert für Olympia“ oder Schülerolympiaden zu einzelnen Fächern, welche die Identifizierung der SchülerInnen mit ihrer Schule festigen können.

Zudem können schulübergreifende Sportturniere (z.B. Fußball, Hockey, Schach) mit eigenen Schulmannschaften das Miteinander und das Wir-Gefühl der SchülerInnen stärken.

Ebenso sollten schulübergreifende AGs eingerichtet werden. Diese verstärken die Kommunikation zwischen den Schulen und ermöglicht die gemeinsame Nutzung von Ressourcen. Auch sollte zukünftig den SchülerInnen ermöglicht werden, Schulhöfe, Aufenthalts-, Unterrichts- und Klassenräume mitzugestalten.

Hamburgweite Projektwochen bieten eine abwechslungsreiche und spannende Alternative zum regulären Unterricht, gerade unter dem Aspekt des fächerübergreifenden Lernens und unter Verwendung unterrichtsunüblicher Methodik.

Auch sollte über Fächer nachgedacht werden, bei denen die gemeinsame Freude am Lernen im Mittelpunkt steht. Schulfächer wie „Debattieren“ oder „Schach“ könnten dafür Sorgen, dass die Identifikation mit der Schule wächst und die SchülerInnen mehr Spaß am Unterricht bekommen.

Zudem trägt die Einführung von Schulkleidung zu einer stärkeren Identifikation mit der eigenen Schule bei. Jedoch sollte sich ein Hamburger Modell nicht am angelsächsischen Vorbild orientieren, sondern es sollte ein Modell bevorzugt werden, bei dem die SchülerInnen einen großen Teil der Schulkleidung persönlichkeitsorientiert gestalten können und Variationsmöglichkeiten haben. Das skandinavische Modell bietet hier einen Vorbildcharakter. Die Tatsache, dass die SchülerInnen Schulkleidung tragen, drückt optisch einen Zusammenhalt aus, der zu einem gemeinsamen Bewusstsein beitragen kann. Durch einen höheren Zusammenhalt steigert sich nicht nur das Wir-Gefühl, sondern auch das soziale Miteinander gestaltet sich neu. Allgemein sollen die Schulen ihr eigenes öffentliches Auftreten einheitlicher gestalten (Stichwort: Corporate Identity).

■ Mehr Demokratie wagen

In Hamburg gibt es noch immer zahlreiche Schulen, in denen die Einbindung der SchülerInnenseiten am Schulleben sehr beschränkt ist. So beschreibt der Bericht der Ombudsfrau für die Hamburger SchülerInnen (Frau Barbara Beutner) noch immer Fälle, in denen die Mitbestimmung der SchülerInnen eingeschränkt wird.

Jede Schule muss zukünftig dazu verpflichtet werden, ihren SchülerInnen den größtmöglichen Spielraum an demokratischer Mitbestimmung zu bieten. So sollte besonders die Schulkonferenz mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden und damit eine stärkere Bedeutung erlangen.

Die Schulkonferenz muss das höchste Entscheidungsgremium an einer Schule sein, da dort alle wichtigen und gewählten Lobbygruppen der Schule vertreten sind und sie somit ein großes Maß an Demokratie in der Schule bedeutet. Das Mitbestimmungsrecht der Schülerinnen und Schüler muss durch Verpflichtung der Schule zu ihr sichergestellt werden. Die Einhaltung dieser Verpflichtung soll durch die Schulbehörde überwacht, ihre Missachtung muss geahndet werden.

■ Periodisches SchülerInnen-Feedback

Für Schulen muss dringend ein Evaluationssystem entwickelt werden, bei dem den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben wird, ihren LehrerInnen ein Feedback zu geben. Eine sinnvolle Form des Feedback-Systems wird im folgenden erläutert:

Alle LehrerInnen legen ihren Klassen halbjährlich einen standardisierten anonymen Fragebogen vor. Die Ergebnisse des Fragebogens müssen die LehrerInnen der Schulleitung nicht mitteilen. Die LehrerInnen sind zu einer Diskussion mit ihrer Klasse über die Ergebnisse verpflichtet.

Sollten die LehrerInnen die Diskussionsergebnisse im folgenden Halbjahr nicht qualitativ umsetzen, haben die SchülerInnen über die Klassensprecher die Möglichkeit, bei den regelmäßig stattfindenden Klassensprecherrunden (eine gemeinsame Sitzung zwischen Schulleitung und KlassensprecherInnen) ihre Kritik an die Schulleitung weiterzutragen.

■ **Motivation der LehrerInnen**

Ein entscheidender Faktor für guten Unterricht ist die Motivation der LehrerInnen. Nur ein interessanter Unterricht von motivierten LehrerInnen wird die volle Lernbereitschaft der Schüler erreichen. Durch die vielen Änderungen in den letzten Jahren und die Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells sind viele LehrerInnen verunsichert und demotiviert. Ziel der Bildungspolitik nach dem geforderten Konsens zwischen SPD und CDU muss es sein, für die Lehrerinnen und Lehrer eine höhere Verlässlichkeit in der Planung und Gestaltung des Arbeitsumfeldes und des Arbeitsinhaltes herzustellen.

■ **Themenschwerpunkte der Oberstufen**

Den Oberstufen muss es erlaubt werden, Themenschwerpunkte zu entwickeln und damit Fachkompetenzen in den Bereichen Naturwissenschaften, Sprachen, Politik & Wirtschaft, Musik, Kunst oder Sport aufzubauen. Dies würde das Profil der einzelnen Schulen stärken und die Identifikation der SchülerInnen mit der Schule fördern. Zusätzlich wird eine neigungsorientierte Vorbereitung auf den Besuch einer Hochschule ermöglicht. Vermutlich würde sich hierdurch auch die Zahl von Studienabbrüchen verringern. Zur Gewährleistung der Fächervielfalt, muss die Kooperation zwischen den Schulen weiter gefördert werden.